

Die EU gibt rund 680 Mio Euro für ein CO2-Abscheidungsprojekt aus – das nicht realisiert wird!

geschrieben von Andreas Demmig | 18. November 2017

Anthony Watts

Von der Abteilung für „Klimaschutz“ und das haben die „Prognosen nicht vorhergesagt“:

Eine Untersuchung ergab, dass Brüssel eine gigantische Summe für den Bau unterirdischer Lagerstätten für CO2-Emissionen in die Luft geblasen hat – aber die Anlagen wurden nie gebaut.

Der Architekt des Systems, ein ehemaliger Abgeordneter von Liberalen Demokraten MEP [Mitglied des Europäischen Parlaments] gab zu, dass die Beamten mit ihren Prognosen für die Umweltkosten, mit denen Unternehmen konfrontiert sein werden, total danebenlagen.

Kanada drängt auf Abschaltung der Kohlekraftwerke – COP 23

geschrieben von Andreas Demmig | 18. November 2017

DAVID KRAYDEN, DAILY CALLER, Ottawa Bureau Chief

Die Trudeau-Regierung wird auf das Ende der Kohlekraftwerke drängen. Aus Kanada nimmt die Umweltministerin Catherine McKenna am 23. Umweltgipfel der Vereinten Nationen (COP23) kommt.

Die Konferenz will Wege zur Umsetzung der Klimaschutzstrategie prüfen, die sich aus dem Klimaabkommen von Paris ergaben. Präsident Donald Trump hat die USA von diesem Abkommen zurückgezogen und argumentiert, dass es der amerikanischen Wirtschaft schadet.

Kanadas Politiker sind stinkig, die Emissionen der USA sinken mehr,

trotz des Ausstiegs aus Paris

geschrieben von Andreas Demmig | 18. November 2017

CHRIS WHITE

Die Diplomaten sind verwirrt und irritiert, dass die USA, trotz der Entscheidung von Präsident Donald Trump das Pariser Abkommen zu verlassen, mehr Emissionsreduktionen als Kanada erzielt haben.

Die Republikaner planen Milliarden an Steuermehreinnahmen durch Streichung der Energiesubventionen, auch für grüne Energie

geschrieben von Andreas Demmig | 18. November 2017

MICHAEL BASTASCH

Der Plan der Republikaner, die US-Steuerregularien zu überarbeiten, beinhaltet Änderungen der Steuersubventionen für alle Arten der Energiegewinnung bzw. -erzeugung. Damit ersparen sie den Steuerzahlern jedes Jahr Milliarden von Dollar, sagen die Gesetzgeber.

Uranabbau im Gebiet des Grand Canyon steht vor der Genehmigung

geschrieben von Andreas Demmig | 18. November 2017

TIM PEARCE

Mit der jetzigen Regierung könnte das Verbot kippen, Uran im Einzugsgebiet des Grand Canyon abzubauen. Erlassen wurde das Verbot im Jahr 2012 durch den früheren Präsident Barack Obama, berichtet The Hill. [Die dort Lebenden erhoffen sich Arbeitsplätze und steigenden Wohlstand davon. Entfernt davon lebende Umweltschützer sind dagegen.]